

Dods Update

Quelle: Deutscher Bundestag

Sitzung: 237. Sitzung am 1. Juni 2017

Titel: Zusammenfassung der Debatte zu den Anträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Kohleausstieg

15.a) Antrag der Abgeordneten Annalena Baerbock, Oliver Krischer, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Zeit ist reif für den Kohleausstieg

- Drucksache [18/12108](#) -

b) Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Schick, Annalena Baerbock, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Finanzwende einleiten – Öffentliche Gelder nachhaltig anlegen

- Drucksache [18/12381](#) -

c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie zu dem Antrag der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Birgit Wöllert, Hubertus Zdebel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Kohleausstieg einleiten – Strukturwandel sozial absichern

- Drucksachen [18/8131](#), [18/11151](#) -

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 15.a wurde, wie interfraktionell vorgeschlagen, an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie (federführend) und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 15.b wurde, wie interfraktionell vorgeschlagen, an den Finanzausschuss (federführend) und den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen.

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 15.c abzulehnen, wurde mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und von Bündnis 90/Die Grünen, angenommen.

Annalena Baerbock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ging auf US-Präsident Donald Trumps Ansage ein, dass das Land aus dem Klimavertrag aussteige. Deutschland müsse dazu mit einer eindeutigen Antwort kommen: dass es den Kohleausstieg einleite.

Es sei jedoch laut der Abgeordneten widersprüchlich, dass die Kanzlerin beim Petersberger Klimadialog den Vertretern aus Saudi-Arabien geraten, in erneuerbare Technologien zu investieren, wobei ein paar Wochen davor die LEAG öffentlich machte, dass sie plane, auch noch im Jahre 2030 Braunkohle abzubauen. Dies könne geschehen, da die Bundesregierung nicht in der Lage sei, *„eine klimapolitische Entscheidung <u treffen und zu sagen: Wir brauchen keine neuen Tagebaue.“*

Der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz habe verkündet, dass in Zukunft alle Handelsabkommen internationale Klimaverträge verbindlich berücksichtigen müssten. *„Sehr schön, wenn Sie diese grüne Forderung, die wir seit langem erheben, wirklich ernst meinen! Dann können Sie zum einen erst einmal bei allen anderen Handelsverträgen aufräumen. Aber zum anderen erwarte ich dann von Ihrem Kanzlerkandidaten, dass er sich ab sofort für die Einführung der CO2-Emissionsstandards für Kohlekraftwerke aus den USA in Deutschland einsetzt“*, so die Bündnisgrüne, die darauf verwies, dass Präsident Obama diese mit dem Clean Air Act im Lichte von Paris erlassen hatte. Schulz müsse dafür sorgen, dass in Deutschland diese Standards eingeführt würden.

Dr. Matthias Heider (CDU/CSU) meinte, man könne den Antrag der Grünen mit einem Satz zusammenfassen: *„Hochwertige, tarifgebundene Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft sollen aufs Spiel gesetzt werden, und mit der Energieversorgung in Deutschland wollen die Grünen und auch die Linken spielen wie mit einem Baukasten.“*

Das werde nicht funktionieren und deshalb würden die Anträge abgelehnt werden. Die Versorgungssicherheit sei gefährdet, wenn man neben dem Ausstieg aus der Kernenergie als Folge der Fukushima-Katastrophe *„im Hauruckverfahren“* auch aus der Kohle aussteige. Man könne nach aktuellem Stand diese Energie nicht eins zu eins mit volatiler Energie aus Sonne und Wind ersetzen.

Die Versorgungssicherheit sei essentiell – eine Papierfabrik im Sauerland, ein mittelständisches Familienunternehmen mit knapp 100 Mitarbeitern würde bei kleinsten Schwankungen im Netz zu einem Stillstand der Produktion führen. Dies könnte ihnen einen fünfstelligen Betrag kosten. Das gelte auch für viele andere Unternehmen, wie z. B. Elektrostahlwerke oder Aluminiumhütten. Versorgungsunsicherheit könne somit den Wettbewerb, Arbeitsplätze und den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährden.

Es brauche aber Veränderungen im Bereich der konventionellen Kraftwerke, wenn man die Pariser Klimaziele erreichen wolle. Man solle aber eins nicht vergessen:

„Wir haben in Paris keinen Ausstieg aus der Kohle beschlossen. Die Reduzierung der Kohleverstromung, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ist kein Selbstzweck. Unser Beitrag ist im internationalen Vergleich durchaus größer als der, den andere Industrienationen angekündigt haben, und es wäre schön, wenn es nicht nur bei Ankündigungen bliebe.“

Zu der zurzeit in Brüssel diskutierten Reformen des European Union Emissions Trading Systems (ETS) sagte er, dass die Benchmarks für den künftig erlaubten CO₂-Ausstoß für Deutschland 3 bis 4 Milliarden Tonnen CO₂ Mehrbelastung bedeuten würde. Er habe deshalb Sympathie für die Bitte der Bürgermeister deutscher Stahlstandorte an die Bundeskanzlerin, die Erzeugung von Stahl nicht zu gefährden.

Eva Bulling Schröter (Die Linke) sagte, es sei Zeit, den Kohleausstieg einzuleiten und ein Gesetz zu verabschieden. Die Linke wolle bis 2035 aus der Kohle aussteigen – man wolle dies also nicht, wie von Heider ausgedrückt, in einem „Hauruckverfahren“ erreichen: *„Wir brauchen Investitionssicherheit, wir brauchen Sicherheit für die Beschäftigten, aber wir brauchen auch einen Strukturwandel. Wir brauchen einen Strukturwandelfonds. Menschen müssen vorbereitet werden. Sie müssen zum Teil umgeschult werden. Sie müssen sozial abgesichert werden, um ihnen ihre Ängste zu nehmen. Menschen brauchen zukunftsfähige Arbeitsplätze, die natürlich tarifgebunden und armutssicher sind.“*

Von den Ausschreibungen für Strom aus regenerativen Energien, mit der man sie deckeln könne, halte die Linke für falsch. Man brauche mehr regenerative Energie. Überall höre man, wie die Null-Cent-Zuschläge in der Offshoreindustrie, wie z. B. für EnBW und DONG Energy, gefeiert würden. Auf einmal höre man auch Kritik am Deckel aus Reihen der CDU, wie vom Parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann, der die Abschaltung von Kohlekraftwerken fordere.

Thomas Jurk (SPD) hob hervor, dass in dieser Legislaturperiode der gesetzliche Rahmen für den Umbau der Energieversorgung neu ausgerichtet worden sei und durch den Klimaschutzplan der Bundesregierung die Einsparziele für verschiedene Sektoren festgelegt worden seien.

Dies wurde auch Planungssicherheit gewährleisten: *„Planungssicherheit erfolgt auch durch das Strommarktgesetz und die damit verbundene Sicherheitsbereitschaft zur geplanten Stilllegung von Kraftwerken. Mit den EEG 2014 und 2017 sind die Entwicklungsperspektiven für die erneuerbaren Energien fixiert worden. Damit verbunden ist die dringende Erhöhung der Wirtschaftlichkeit durch Ausschreibungsmodelle bei Photovoltaik und Windkraft. Ein weiterer wesentlicher Beitrag zur Energiewende ist die finanzielle Förderung von Energieeffizienz, die in dieser Legislatur auf circa 3 Milliarden Euro im Jahr 2017 erhöht wurde.“*

In einer Zwischenfrage wollte **Annalena Baerbock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** wissen, wie der Kollege Jurk gedenke, dem Klimaabkommen ohne einen Kohleausstieg gerecht zu werden, wenn in den letzten Jahren keine Tonne CO₂ eingespart wurde.

Jurk (SPD) erwiderte, dass durch das energiepolitische Dreieck von Umwelt- und Klimaschutz, Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit *„das hohe Gut der Versorgungssicherheit“* durch viele Akteure gewährleistet werde. Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende leiste einen *„kleinen, aber nicht unwichtigen Beitrag“* zur Stabilisierung dazu. Obwohl der Ausbau der erneuerbaren Energien mittlerweile ein Drittel des Strombedarfes abdecke, würden konventionelle Kraftwerke jedoch weiterhin gebraucht.

Wenn man aus der Atomkraft aussteige, benötige es für die Versorgungssicherheit weiterhin Kapazitäten aus der Kohlekraft: *„Dabei rede ich nicht einmal über die Beschäftigung und Wertschöpfung in strukturschwachen Räumen wie meiner Heimatregion, der Lausitz. Ein erfolgreiches Industrieland wie Deutschland braucht eine verlässliche, eine stabile Energieversorgung.“*

Wenn das im Antrag der Linken genannte Ziel, bis 2035 alle kohlebasierten Kraftwerke in Deutschland stillzulegen, umgesetzt werde, würden 67 Standorte - von denen 35 Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen mit 51 000 Megawatt elektrischer und 14 000 Megawatt thermische Leistung seien - aus der Energieversorgung entfallen.

In den kommenden Jahren würden Braunkohlekraftwerksblöcke außer Betrieb gehen, womit ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werde. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, eine Vielzahl regionaler Akteure in den Prozess einzubinden, um den Strukturwandel in den Regionen zu unterstützen. Dazu sei im Bundeswirtschaftsministerium eine Stabstelle für den Strukturwandel in Braunkohleregionen geschaffen worden und die im Klimaschutzplan genannte Kommission *„Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung“* werde vorbereitet und es fänden Gespräche zwischen Bund und den Ländern statt. Des Weiteren müsse man den Strukturwandel finanziell begleiten und die Infrastruktur ausbauen.

Dr. Klaus-Peter Schulze (CDU/CSU) erklärte, dass die Gipsindustrie auch an die Braunkohle- und Steinkohlekraftwerke gebunden seien – jährlich kämen etwa 5 Millionen Tonnen aus den REA-Anlagen. *„Ich erwarte natürlich, dass sich diejenigen, die den Kohleausstieg jetzt schnell vorantreiben wollen, auch vor dem Hintergrund, dass mindestens 60 Prozent des in Deutschland benötigten Rohstoffs über Kohlekraftwerke gesichert werden, an die Spitze der Bewegung stellen und sagen werden: Wir unterstützen im Südharz, in Nordthüringen, in Nordhessen, im Keuper von Baden-Württemberg und in Bayern den Aufschluss neuer Tagebaue“*, forderte der CDU-Abgeordnete die Oppositionsparteien aus.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kommentiere, dass im Rheinland große Mengen Kalk zur Verhinderung der Versauerung und Verockerung in den Tagebau geschüttet würden. Dieser Kalk werde in vielen Gebieten abgebaut und ins Rheinland transportiert. Der Braunkohlebergbau mit dem Schulze es rechtfertige, weiter Gips abzubauen, verursache selber wieder den Abbau von Kalk an anderen Stellen.

Dr. Schulze (CDU/CSU) erwiderte, dass es sei berichtet sei, darauf hinzuweisen, dass auch die erwähnten Dinge berücksichtigt werden müssten, wenn man einen Kohleausstieg fordere.

Die Arbeitsplatzzahlen im Antrag, die als 30 000 beziffert wurden, konnte der CDU-Abgeordnete nicht nachvollziehen. Ihm zufolge existierten in den deutschen Kohlekraftwerken und Bergwerken insgesamt 36 000 Arbeitsplätze. Der Kollege Jurk habe die 600 Arbeitsplätze vom Kraftwerk Jänschwalde angesprochen, welche allein die bei LEAG seien. Dazu müsste die gleiche Anzahl bei den Industriedienstleitern berücksichtigt werden. Er glaube nicht, dass es in dem Zeitraum bis 2035 gelingen könne, die entsprechende Anzahl von Ersatzindustriearbeitsplätzen zu schaffen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärte, dass die deutsche Finanzbranche auf Einladung der Deutschen Börse AG sich letzte Woche getroffen habe und eine Frankfurter Erklärung unterzeichnet habe, mit dem Vorsatz Kriterien für eine nachhaltige Finanzwirtschaft zu definieren und dies ins Kerngeschäft zu integrieren. Die deutsche Finanzwirtschaft sei sich somit auch im Klaren, dass fossile Energie „von gestern“ sei.

Deswegen lege die Fraktion den Antrag vor, um die Bundesregierung dazu aufzufordern, die gleiche Perspektive dort einzunehmen, wo der Bund Kapitalanlagen habe. *„Die Gefahr ist, dass der Finanzanleger, der dies als Letzter kapiert, der mit den größten Verlusten sein wird. Das soll bitte nicht bei den Pensionen unserer Bundesbeamten sein. Das soll nicht beim Gesundheitsfonds sein. Das soll nicht bei den Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit sein“*, so Schick, der für Divestment plädierte.

Ulrich Freese (SPD) merkte an, dass der Strukturwandel im Ruhrgebiet nach dem Kohleausstieg nicht zu *„industriell gut bezahlten und vernünftigen wertschöpfenden Arbeitsplätzen“* geführt habe. *„Deshalb war es mit Sicherheit falsch, erst auszusteigen, wenn Sie heute, Herr Dr. Klaus-Peter Schulze, darüber jammern, dass wir 56 Millionen Tonnen durch Kinderarbeit und nicht umweltverträglich geförderte Kohle aus aller Welt nach Deutschland holen“*, kritisierte der SPD-Abgeordnete. Für die Stahlindustrie führe man z. B. 11 Millionen Tonnen Kohle ein, um die Stahlindustrie in Deutschland aufrechtzuerhalten.

Zur Behauptung Deutschland müsse sich beweisen, wenn die USA aus dem Klimaabkommen steige sagte er: *„Wenn wir jetzt noch, wie Sie es wollen, aus der Braunkohleverstromung aussteigen und etwa 180 Millionen bis 200 Millionen Tonnen CO2 einsparen, dann ist das in der Wirkung für das Weltklima so ähnlich, als wenn in China ein Sack Reis umfällt. Es ist auch nicht richtungsweisend.“* Deutschland müsse die verfügbaren Technologien, die man sowohl im Bereich der regenerativen Energien und Speichertechnologien als auch im Bereich der fossilen Energien wie Erdgas, Erdöl und Braunkohle, einsetzen.

Schick merkte an, dass in der nächsten Legislaturperiode über die Evaluierung des von CDU/CSU und FDP auf den Weg gebrachten CCS-Gesetzes diskutiert werde, bei der es auch in eine Opt-out-Regelung gehe. Man müsse darüber nachdenken, was Deutschland mit dem abgeschiedenen CO₂ aus industriellen Prozessen machen solle.

Annalena Baerbock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kommentierte abschließend, dass es interessant sei, dass die SPD *„offensichtlich den Ausstieg aus der Steinkohle in NRW als falsch empfunden hat und jetzt auch noch in CCS einsteigen wollte.“* Dies solle laut der Grünen-Abgeordneten dem SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz *„noch einmal mit auf den Weg“* gegeben werden.

Das Plenarprotokoll können Sie [hier](#) abrufen.